

tacheles

dbb
beamtenbund
und tarifunion

7/8

18. Jahrgang
Juli/August 2016

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Andere Verhältnisse

Seite 8

Arbeitskampf in Frankreich



Betriebsverfassungsrecht

Die richtige Zeit für die Betriebsratsarbeit

Seite 10



Interview

Rainer Friebertshäuser,
Fachverband Aviation
im BDSW

Seite 12

Inhalt

Editorial	2
Meinung	3
Tarifthemen	4
Land Brandenburg	
Lehrkräfte Sachsen	
Nahverkehr Bayern	
Rettungsdienst Landkreis Oder-Spree	
„Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“	
Stadt Naunhof	
Thema	8
Ratgeber	10
Interview	12
Buchvorstellungen	13
Rechtsprechung	14
Zitat des Monats	16

Redaktionsschluss:
18. Juli 2016



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz
Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt
Bildnachweis: Titel: Jonathan Stutz (Fotolia), m_vollmer (Fotolia), Rainer Friebertshäuser, S.2: dbb, S.3: dbb, S.4: dbb, S.5: dbb, S.7: GRÜNE Baden-Württemberg, S.8: Jonathan Stutz (Fotolia), S.10: m_vollmer (Fotolia), S.12: Rainer Friebertshäuser, S.15: dbb, S.16: Bundesregierung Denzel
Telefon: 030.4081-5400, **Fax:** 030.4081-4399
E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de
Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0
Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacycenter, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen
Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, Telefon: 02102.74023-714, Fax: 02102.74023-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



einsichtiger. Heute gleicht die Tarifpolitik einem bunten Flickenteppich. Es ist schwerer geworden, zu gestalten. Es ist zu viel von vermeintlichen ökonomischen Zwängen die Rede.

Wer zum Beispiel zur Kenntnis nimmt, dass Mitglieder der Bundesregierung mal eben die Sinnhaftigkeit der Riester-Rente in Frage stellen und andere Modelle der privaten Altersvorsorge diskutieren, in der gleichen Zeit jedoch im öffentlichen Dienst die Rahmenbedingungen für die dortige Zusatzversorgung spürbar verschlechtern wollten, den lässt unsere Politik ratlos zurück. Da nützt es auch nichts, zu sagen, dass es vor allem die Kommunen waren, die meinten, die Zusatzversorgung müsse beschnitten werden. Weder bei der Reichweite von Tarifverträgen, noch bei der Vielfalt von Zusatzversorgungskassen macht die aktuelle Kleinstaaterei Sinn. Bund, Länder und Gemeinden sollen sich ergänzende politische Einheiten sein, in denen der Bundesbürger seinen Staat mit den im Grundgesetz verbrieften Rechten erfährt.

Ob der Bundesbürger es versteht, dass die Arbeitszeiten der öffentlich Beschäftigten von Land zu Land verschieden sind, dass eine Krankenschwester am Uniklinikum Aachen anders bezahlt wird als an den umliegenden städtischen Krankenhäusern, ist genauso fraglich wie beispielsweise der Umstand, dass die Definition dazu, was ein Kampfhand ist und wie ich diesen zu halten habe, von Bundesland zu Bundesland sehr variiert.

Demokratie findet stets im Spannungsfeld von Beteiligung und Effizienz statt. Rückblickend stelle ich fest, dass die Effizienz während der letzten 17 Jahre nicht eben gestiegen ist.

Aber Manches hat sich nicht geändert. Schon damals haben Politiker versucht, Nullrunden im öffentlichen Dienst als Lösung für ihre verkorkste Haushaltspolitik durchzusetzen. Damals war es Kurt Beck, ehemend Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Heute kommt praktisch jede Landesregierung in Frage, die nicht gerade eine Landtagswahl vor der Brust hat.

Ich bin gespannt, wie der Rückblick eines meiner Nachfolger in 17 Jahren ausfallen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

Vor 17 Jahren, im Juli 1999, erschien die erste Ausgabe unseres Tarifmagazins tacheles. Damals zeichnete für die Tarifpolitik im dbb noch Horst Zies verantwortlich. Was war anders als heute? Die öffentliche Hand zeigte sich noch deutlich bemüht, Tarifpolitik tatsächlich aus einer Hand zu machen – Bund, Länder und Gemeinden gestalteten Tarifrecht und Einkommensrunden noch gemeinsam. Ohne hier ins Nostalgische abgleiten zu wollen, stelle ich fest, dass das deutlich besser war. Besser im Sinne von gerechter, von ökonomischer und von



Lehrkräftebereich des Freistaats Sachsen

Tarifpolitik und Personalratswahlen

Anfang nächsten Jahres findet die Einkommensrunde 2017 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt. Wesentlicher Teil dieser Verhandlungen wird der Ausbau der 2015 von dbb und TdL vereinbarten Entgeltordnung für Lehrkräfte sein. Noch ist unklar, ob die GEW dann bereit sein wird, die tariflichen Regelungen mitzugestalten. Sachsens GEW jedenfalls war im Frühjahr dieses Jahres noch erklärter Gegner einer bundesweiten Entgeltord-

nung. Von daher stellten sich die dortigen Personalratswahlen als echte Richtungswahl dar. Das Ergebnis: Erstmals gewannen die im dbb organisierten Lehrgewerkschaften den Lehrerhauptpersonalrat und drehten die Mehrheitsverhältnisse von 11:14 auf 13:12. Wir haben Jens Weichelt, SLV-Chef und für den dbb Verhandlungsführer bei den Lehrer-Verhandlungen, gebeten, die Umstände dieser Personalratswahl zu erläutern.

Von Jens Weichelt

Am 31. Mai 2016 fanden in Sachsen die Personalratswahlen statt. Gewählt wurden neben den Örtlichen Personalräten die Stufenvertretungen Lehrer-Hauptpersonalrat (LHPR) und die fünf Lehrer-Bezirkpersonalräte (LBPR). In diesen Stufenpersonalräten gibt es für jede der fünf Schularten eine Fachgruppe, die auch nur von den jeweiligen Lehrkräften dieser Schulart gewählt wird. Die Lehrgewerkschaften des dbb in Sachsen, Sächsischer Lehrerverband im VBE (SLV), Berufsschullehrerverband und Philologenverband Sachsen, sind mit einer gemeinsamen Liste zu dieser Wahl angetreten.

Sächsische Lehrgewerkschaften des dbb erstmals stärkste Kraft

Erstmals haben die „Sächsischen Lehrerverbände“ die Mehrheit im Lehrer-Hauptpersonalrat und in vier von fünf Lehrer-Bezirkpersonalräten erlangt. In den beiden Lehrer-Bezirkpersonalräten Zwickau und Chemnitz, in denen sie bereits vor dieser Wahl die Mehrheit hatten, konnten sie sich kräftig steigern und verfügen erstmals nun auch in Bautzen und Dresden über die meisten Sitze.

Seit es in Sachsen Personalratswahlen gibt, haben die Lehrgewerkschaften des dbb erstmals im Grundschulbereich mehr Stimmen als die GEW erreichen können: in Zwickau, Chemnitz und Bautzen.

Votum für die bessere Tarifpolitik

Eine wesentliche Voraussetzung für das Wahlergebnis sind die Mitgliederzu-

wächse der dbb-Lehrgewerkschaften in den vergangenen Jahren. Einen ausschlaggebenden Anteil hat die kompetente und engagierte Arbeit ihrer Stufenpersonalräte.

Die Entgeltordnung für Lehrkräfte und die nachfolgenden Begleiterscheinungen haben einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt. Der SLV hat einen hohen Anteil am Zustandekommen des Tarifvertrags zur Entgeltordnung und sich unmissverständlich dazu bekannt. Die Mandatsträger, Stufenpersonalräte und auch viele Lehrerpersonalräte der Schulen wurden dazu geschult. Diese Sachkompetenz haben die Lehrerinnen

und Lehrer erfahren, wenn sie sich mit Anfragen an die Mitarbeiterinnen der SLV-Landesgeschäftsstelle und die Personalräte gewandt haben.

Der Sächsische Lehrerverband ist auch seiner hohen Verantwortung als wichtige Mitgliedsgewerkschaft des Tarifpartners dbb gerecht geworden, indem er den Tarifvertrag zur tariflichen Eingruppierung von Lehrkräften allen 1.350 sächsischen Schulen zur Verfügung gestellt und die Beschäftigten über Inhalte und Fristen informiert hat. Nach jedem Infoblatt für die Schulen, nach jedem Artikel in der „Neuen Sächsischen Lehrerzeitung“ gab es eine Welle von Auskunftersuchen und Anträgen an die Regionalstellen der SBA. In der Analyse wird deutlich, dass die sächsischen Lehrgewerkschaften des dbb ihre größten Wahlerfolge in der Regel dort haben, wo die Vorteile der Entgeltordnung kompetent und glaubhaft auf jeder Personalversammlung, an jeder Schule dargestellt wurden. Dass man mit sachlichen Argumenten zur Entgeltordnung auch im gymnasialen Bereich überzeugen kann, beweisen die LBPR Zwickau (4:1 Sitze) und Chemnitz (3:2 Sitze).

Als die GEW im Monat vor den Personalratswahlen zu Warnstreiks „zur Durchsetzung von Tarifverhandlungen zur tariflichen Eingruppierung der Lehrkräfte in Sachsen“ aufrief, haben die Lehrgewerkschaften des dbb ihre Mitglieder über die Aussichtslosigkeit und die Konsequenzen dieses Vorhabens ausführlich und sachlich informiert.

Gespräche über Lehrermangel und Steigerung der Attraktivität

Während die GEW seit Juni 2015 gemeinsame Verhandlungen mit dem dbb in Sachsen ausschloss und auch nicht zu gemeinsamen Aktivitäten gegen den Lehrermangel bereit war, haben der dbb und seine sächsischen Lehrgewerkschaften mehrfach ihre Bereitschaft zur Bündelung der Kräfte bekundet.

Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, hatte bereits vor weiteren Warnstreiks der GEW in einem Spitzengespräch mit dem sächsischen Finanzminister vereinbart, dass zu Sofortmaßnahmen gegen den Lehrermangel und zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs noch vor der Sommerpause Gespräche mit der Staatsregierung des Freistaats Sachsen aufgenommen werden. Dazu bedurfte es keiner Warnstreiks. Am 21. Juni 2016 fand das Auftaktgespräch von dbb und GEW mit der Staatsregierung statt. ■

